

Liebe Mitbürger, liebe Freunde der BI

Der vergangenen Montag angekündigte „Canossagang“ von Stadtverordneten / Fraktionsvorsitzenden und des OBM Risch nach Magdeburg zum Ministerium f. Landw. u. Umwelt hat sich um eine Woche auf den 7. 12. 2012 verschoben. Wir hoffen und denken natürlich, dass dies mit dem Ministerbrief an Herrmann Onko Aeikens zu tun hat. Wir, die BI, sind zwar nicht zu dieser Veranstaltung eingeladen, haben aber trotzdem unsere Standpunkte zu Themenkomplexen rund um die Abwasserentsorgung WSF dargelegt. Da geht es z. Bsp. um unseren Standpunkt zur AöR. Hier ist höchste Gefahr im Verzug. Herr Arps hat es so formuliert, der OB und sein famoser Rechtsverdreher haben wohl eine „Sollbruchstelle“ eingebaut um von weit schlimmeren abzulenken. Es geht um die absolut drohende Gefahr einer Privatisierung. Man möchte so schnell und so unbeschadet wie möglich raus aus dem Sumpf, den man in WSF geschaffen hat. Da ist jedes Mittel recht. Auch was das Herstellen von Öffentlichkeit betrifft, ist noch längst nicht alles klar. Schlimm die Gedanken- und Verantwortungslosigkeit der schweigenden Mehrheit von Stadtverordneten, sie lassen sich von denen, die jede Menge Dreck am Stecken haben völlig vereinnahmen und missbrauchen. Natürlich hat die BI auch auf Themen hingewiesen, wie Ursachen für das Scheitern der Fusion, die ganze Misere mit den Stadtwerken WSF als Betreiber der KA, zu den Ursachen der Überlastung durch den Schlachthof WSF und die bisherige massive Verhinderung von diesbezüglichen Aufklärungen. Schwerpunkt bei alledem sind aber die Herstellungskostenbeiträge und die Gebühren. Sie können die ganzen Stellungnahmen unter der Internetadresse Weißenfelser Seiten abrufen und nachlesen. Ziel der Weißenfelser Delegation ist es übrigens nicht sich zu entschuldigen für Demokratiedefizite und den Griff in die Taschen ihrer Bürger, sonder man will um Millionen, für die Kläranlagenerweiterung betteln. Für eine Erweiterung, die nicht für die Bürger benötigt wird sondern fast ausschließlich für Tönnies, damit er seine vom Land bereits genehmigte Schlachtzahl von 20.000 Schweine/Tag so schnell wie möglich erreichen kann. Zu diesem Thema gab es denn auch ein „unmoralisches“ Angebot seitens eines Landtagsabgeordneten. Die BI soll ihr ganzes Gewicht einsetzen, damit das Land aus seinen Fördertopf einen möglichst hohen Anteil für die Investition in die KA Erweiterung herausrückt. Dazu etwas zum Fördertopf, hier hinein fließen die normalen Abwasserabgaben, das sind die, die in unseren Gebühren enthalten sind für die Benutzung von Gewässern wie Saale usw.. Aber auch Strafabgaben für Verschmutzungen fließen da hinein, diese können allerdings nicht über Gebühren eingezogen werden. Für WSF sind dies ca. 10Mill. €, die bereits als Strafabgabe an das Land geflossen sind. Es ist unser Geld, das für Kultur, Kindergärten Schulen und anderen Projekten wie Investitionen in Straßen, Wegen und Plätzen fehlt.

Das uns entzogen wurde für eine durch die LM Industrie, speziell Tönnies verursachte KA Überlastung mit der Folge einer erheblichen Schädigung des Stadtvermögens. Wir sollen nach Ansicht des Landtagsabgeordneten dafür demonstrieren, dass unser durch ZAW, OBM usw. veruntreutes Geld zurückgefordert wird, damit es im gleichen Atemzug für eine vom Bürger nicht benötigte Kläranlagenerweiterung ausgegeben wird. Der große Rest kommt dann ebenfalls noch vom Bürger, allerdings direkt aus unseren Taschen über die

HKB. Das ganze hört sich ziemlich unverfroren an, ist es auch, man könnte fast auf die Idee kommen es handelt sich um einen von langer Hand vorbereiteten Anschlag auf unsere Ersparnisse. Erst die Karre in den Dreck fahren, dann die gesamte Stadt büßen lassen für die vom Schlachthof bedenken- und gewissenlos betriebene Überfrachtung der Kläranlage. Zum Schluss kommt der Hammer mit den HKB, die völlig auf die Bürger abgewälzt werden sollen. Es fällt schwer zu vermuten, kein abgekartetes Spiel dahinter zu sehen. Wir sagen Nein und nochmals Nein, unsere Forderung gilt der rückhaltslosen Aufklärung der Ursachen dieser Misere, unsere Forderungen gelten der Aufklärung der Ursachen und der Verstrickungen von OBM und Wortführern im Stadtrat. Erst danach ist über Geld zu reden, aber nach dem Grundsatz, wer bestellt, der bezahlt.

Meine Vorredner haben es schon gesagt, eine wichtige Erkenntnis haben wir aus dem Gespräch am Donnerstag mitgenommen. Es wurde uns bestätigt, dass es sehr wohl verschiedenen Möglichkeiten gibt den HKB verursachergerecht umzulegen. Selbst das KAG Sachsen Anhalt sieht dies vor. Es ist auch nicht zwingend erforderlich einen HKB einzufordern. Und es gibt laut Herr Erben bereits in Sachsen Anhalt verschiedene Modelle die Industrie gemäß ihren Nutzungsanteil zu beteiligen, über vorteilsgerechte Zuordnungen oder Mischkalkulationen zwischen Gebühr und HKB. Es ist schon erstaunlich, dass unsere Stadträte dies nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Ein Teil betrachtet sich schon nicht mehr als gewählt sondern als gekauft nach dem Motte, wessen Brot ich esse, dessen Lied ich sing. Bei den übrigen muss es eine Art von Gehirnwäsche sein, der sie sich durch den Kommunalservice Hannover, durch den Guru Schuster, unterzogen haben.

Wir fordern schmeißt diese staubigen Brüder raus aus unserer Stadt. Wenn man 1 + 1 zusammenzählt, kommt man schnell drauf, dass hier eine Niedersachsenconnektion am Werk ist. Vom riesigen Schlachtkonzern über riesige Tierfabriken und ihren Helfern als Planungsbüro, wie Aqua Consult und KS mit ihren Stammsitzen in Hannover. Laut Hr. Wanzke fordert KS von WSF 20T€ für Alternativkalkulationen des HKB. Der Eindruck ist, man will es tatsächlich ausgeben. Aber was soll bei KS rauskommen außer einem neuen Willkürakt zugunsten Tönnies. Wir fordern daher, schmeißt beide Dienstleister raus, die soviel Leid und Schaden in WSF angerichtet haben. Unabhängige Fachgutachter (und die gibt es) zu alternativen Beitrags- und Gebührenmodellen befragen, die die Sondersituation WSF beachten, dafür Geld auszugeben würde sicher dem sozialen Frieden in Weißenfels nützen bzw. ihn stärken. Dies ist die vernünftigste Alternative, leider aber nicht bei unseren Industrielobbyisten, wie OBM, lautstarken Stadträten der unheimlichen Allianz aus schwarz und dunkelrot, aber auch Marktradikale aus der SPD wie der Herr Dreyhaupt wären da zu nennen. Wir, die Bürger sind gezwungen zu warten bis zu einer Zeit wo diese Herren empfindlich sind, bis zu den Wahlen. Als nächstes steht der Rausschmiss vom CDU Stier bei der Bundestagswahl 2013 an. Die Schäbigkeit seines bisherigen Verhaltens ist unübertroffen, erst hemmungslose Lobbyarbeit für LM Industrie speziell Tönnis, nun völliges Abtauchen bis die Wahl vorbei ist. Lassen wir es gemeinsam nicht zu, durchkreuzen wir ihre Pläne. Ihnen geht es nur darum auch künftig an den Futtergripen der Großen zu sitzen. Machen wir die Wahl 2013 zu einen weiteren Thema, wir denken das schafft Druck für mögliche positive Veränderungen auch im Bezug auf die Abwasserbeiträge.

Der vergangene Donnerstag hat mir gezeigt, dass wir alle gemeinsam auf dem richtigen Weg sind.

Am Klarsten und Deutlichsten sagen wir Mitglieder der BI für gerechte Abwasserabgaben, dass es nur mit einer Berücksichtigung des Verhältnisses 70/30 zwischen der Lebensmittelindustrie und den Bürgern geht.

Es zeigt sich, dass der Protest zumindest die Eingangstüren des Landtages erreicht hat !

Es wurde bestätigt, dass die Firma Tönnies am dringendsten nach Abwasserlösungen für ihre Produktionssteigerungen ringt und das mit den geringsten Kosten.

Es ist schon verwunderlich, wenn ein Mitglied der Versammlung des ZAW mehr als nur die geringeren Abwassergebühren verteidigt. Ja, eine Vorklärung des Abwassers über die Floutationsanlage kann zu geringeren Gebühren führen.

Aber diese Investition durch Tönnies gibt niemanden das Recht, die Erweiterung der Kläranlage nur auf die Bevölkerung abzuschieben.

Die Abwässer gehen in eine öffentliche Anlage !!!

und die muss auch durch die Wirtschaft bezahlt werden.

Unsere Einwohnerwerte sind ja heute schon geringer als die

Vergleichswerte des Schlachthofes- also dann bezahlt die Erweiterung auch !!! Wir brauchen sie nicht !!

Bei 5 Milliarden Euro Umsatz Herr Tönnies wird es Ihnen doch gelingen die 7 Millionen abzuzweigen... das können Sie doch locker von der Steuer absetzen.

Weiterhin kann ich nicht akzeptieren, dass bis heute keine Messeinrichtung für die Einleitung der Abwasser des Schlachthofes eingebaut wurde. Diese Leitung ist eine Direkteinleitung- was fehlt, obwohl neu errichtet , sind eine Messuhr und ein Schieber zum Abstellen, wenn die genehmigten 2500 m³ pro Tag überschritten werden. Diese Leitung wurde aber vom Schlachthof selbst gelegt bzw. bezahlt- ein Schelm wer denkt, dass hier etwas nicht stimmt.

Aus meiner Sicht wurde bestätigt, dass die hiesigen Kommunalpolitiker des Stadtrates wenig Verständnis für demokratisches Mitwirken aller gewählten Vertreter- also auch der Ortschaftsräte- besitzen.

Herr Erben stimmte mir zu, dass sich der OB und seine Stadträte kein gutes Zeugnis dafür ausgestellt haben.

Ein Aufruf an alle Anwesenden.

Wenn wir wollen, dass der Protest der Strasse in die Parlamente gelangt, dann gehen Sie in die Sitzungen Ihrer Ortschaftsräte und verlangen die Einflussnahme auf die Gestaltung der AöR Abwasser.

Das Strohfeuer des Sommers in Reichardtswerben, Tagewerben und Langendorf muss wieder entfacht werden !!!

Danke

Guten Abend an alle anwesenden Abwasserrebellin,

die letzten Tage haben uns wieder gezeigt, welche verheerende Kumpaneien im Weißenfelser Stadtrat vorhanden sind. Die Bürgerfragestunden und die Abhandlung des Themas Abwasser durch die Stadträte sind eine Farce in meinen Augen. Das ganze Theater im Stadtrat ist widerlich und abstoßend.

Mit ganz ganz wenigen Ausnahmen ist der SR nicht gewillt, Demokratie zu leben.

Abhängigkeiten untereinander und mit Lobby der Lebensmittel-Industrie schreien förmlich.

Private Verträge abgeschlossen durch Vertreter der Stadt- denn das sind ja schließlich die Mitglieder des noch bestehenden ZAW mit Schnäppchenpreisen für Tönnies sind eine nicht unwesentliche Ursache für das finanzielle Dilemma dieser öffentlichen Einrichtung ZAW ! Damit soll ja nun Schluss sein. Extraverträge sollen nicht mehr genehmigt werden.

Die Satzung der Anstalt öffentlichen Rechts Abwasser wurde in der letzten Stadtratssitzung auf die Wege gebracht. Sie ist gekennzeichnet durch keinerlei Sicherheiten gegen mögliche Privatisierungen. Das Affentheater bei der Abstimmung zur Frage der Öffentlichkeit aller Verwaltungsratssitzungen zeigte einmal mehr den Versuch das Thema Abwasser in Zukunft fern der Bürgerinnen und Bürger zu halten.

Die beschlossene Satzung ist nicht demokratisch entstanden, kein Ortschaftsrat der jeweiligen Ortschaften wurde gehört, entwickelt von zwei zutiefst politisch vereinten Undemokraten, Demagogen und Untertanen von Tönnies&Co.

Aus einer Feindschaft vor der letzten OB-Wahl zwischen Rauner und Risch ist ein eingefleischtes Duo geworden sehr zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

In Zukunft gilt es weiterhin sehr aufmerksam und wachsam zu sein, damit das was der Herr Risch 2008 versprach
Ehrlichkeit Offenheit Transparenz
hergestellt wird. Denn seine Versprechen sind schon lange die Saale abwärts gegangen.

Es gibt Stadträte, die sind seit der Wende in diesem Gremium. Die kommen mir vor wie alte Möbel, die voller Staub sind und in den Fugen quietschen. Die nur unnütz rumstehen und keinerlei Wert mehr haben. Wir sollten langsam aber sicher mal darüber nachdenken, dass diese alten Möbel gegen neue ausgetauscht werden sonst dringt der Holzwurm noch in die sehr wenigen intakten.

Zum Schluss möchte ich hier an dieser Stelle ein großes Dankeschön sagen insbesondere an Heidelinde Penndorf, Monika Zwirnmann und Wolfgang Gotthelf . Sie verpassen keine Sitzung im Stadtrat, im ZAW und vor Ort und sorgen damit auch dafür, dass manche Absicht, Geschehnisse zu verschleiern oder die Öffentlichkeit auszuschalten, keine Chance haben. Also Danke!